

Die Wahlen zum Europäischen Parlament:

Ein „Rechtsruck“ bei den Jungwählern?

Andreas Grimmel und John Meister

Noch im Mai 2023 hatte die *Friedrich-Ebert-Stiftung* in Zusammenarbeit mit *infratest dimap* und *Kantar Public* eine Studie veröffentlicht, bei der u. a. 4059 junge Wahlberechtigte (ab 16 Jahren) in Deutschland befragt wurden, um deren Wahlverhalten zu analysieren. Die Ergebnisse der Studie lassen darauf schließen, dass sich junge Menschen selbst tendenziell eher links der Mitte sehen und politische Maßnahmen präferieren, die sie selbst im progressiven Spektrum verorten (Döbele et al. 2023, S. 48). Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 zeigten gleichwohl, zumindest dem ersten Anschein nach, ein gänzlich anderes Bild. So entfielen in der Gruppe der 16- bis 24-jährigen Wählerinnen und Wähler 17% der Stimmen auf die Union, 16% auf die AfD und 7 % auf die FDP – mithin zu 40% nicht links der Mitte. Die Grünen konnten indes 11% der Stimmen auf sich vereinen, die SPD 9% und die Linke und das BSW jeweils 6%. Einige Medien sprachen in diesem Zusammenhang sogar von einem „Rechtsruck“ bei jungen Wählerinnen und Wählern¹, der in der Europawahl seinen Ausdruck gefunden habe. Was bedeutet dieses Ergebnis also für die Europäische Union (EU) und deren Politik? Sind junge Menschen vielleicht doch konservativer als gedacht und z. T. sogar besonders empfänglich für populistische Politik? Vor allem aber, was sagt das Wahlergebnis über die EU in der Wahrnehmung derjenigen Generation aus, die sie in Zukunft gestalten wird?

Möchte man die Wahlergebnisse bei den Jungwählerinnen und Jungwählern aus politikwissenschaftlicher Perspektive deuten, so liegt hierbei insbesondere eine postfunktionalistische Deutung nahe. Der Postfunktionalismus, wie er von Liesbet Hooghe und Gary Marks formuliert wurde, thematisiert die Spannungen zwischen, einerseits, einer weit fortgeschrittenen und durch funktionale Mechanismen



PD Dr. Andreas Grimmel

Forschungsdirektor des Europa-Kolleg Hamburg – Institute for European Integration | Privatdozent im Fachgebiet Politikwissenschaft der Universität Hamburg | wissenschaftlicher Mitarbeiter am Interdisciplinary Centre for European Studies (ICES) der Universität Flensburg

Dr. John Meister

Regierungsdirektor der Freien und Hansestadt Hamburg | Lehrbeauftragter für Public Management an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg



bedingten europäischen Integration und, andererseits, einer diesem Integrationsprozess entgegenstehenden Politisierung mittels Bezugnahme auf eine exklusive nationale Identität, welche durch die europäische Integration bedroht oder gar verloren gehen würde (Hooghe und Marks 2009; Leuffen et al. 2022). Eine exklusive nationale Identität steht dabei im Widerspruch zur sog. multiplen Identität, die sowohl eine nationale als auch eine europäische Identität einschließt (Winzen und Schimmelfennig 2014: S. 145).

Im Zuge der europäischen Integration und mit dem Ausbau des Mehrebenensystems der EU hätten immer mehr divergente Positionen in den Diskurs Eingang gefunden, so die postfunktionalistische Perspektive, was die Möglichkeit für Spannungen erhöht habe (Hooghe und Marks 2009, S. 14). Hintergrund dieser Entwicklung sei die wachsende Reichweite der europäischen Integration, welche die Bürgerinnen und Bürger immer stärker und häufiger im Alltag bemerkten. In der Folge erhalte die europäische Integration mehr und mehr politische Brisanz und ermögliche nationale Polarisierung und Mobilisierung (Schimmelfennig 2015, S. 28 ff.), was wiederum zu Widerstand gegen die EU führe. Diese Spannungen ließen sich von politischen Parteien durch populistische Politik und Vereinfachungen ausnutzen, um mit einfachen Lösungen und der Forderung nach einem „zurück-zum-Nationalstaat“ Wählerstimmen zu generieren. Vor allem bei wirtschaftlichen Verlierern, Euroskeptikern und jenen Wählerschichten, die sich im Zuge des Integrationsfortschritts und zunehmenden Transfers von vormals nationalstaatlichen Kompetenzen auf die supranationale Ebene in ihrer Identität bedroht fühlen (ibid), sei eine Abkehr von der EU zu erwarten. Die gezielte Politisierung der europäischen Integration wird dadurch zu einem wahlentscheidenden Mechanismus. Demgemäß ließe sich das Ergebnis bei den Jungwählerinnen und Jungwählern als Ausdruck einer „gelungenen“ Politisierung durch den Rekurs auf exklusive nationale Identitäten begreifen (cf. Hooghe und Marks 2009, S. 21).

Tatsächlich scheint auf den ersten Blick, anders als in früheren Phasen der Integration, die gesellschaftliche Auseinandersetzung über die „Zukunft der europäischen Integration“ durchaus zuzunehmen und vor allem auch immer kontroverser zu werden. Für eine anwachsende Politisierung könnte jedenfalls die in den vergangenen Jahren stetig gestiegene Wahlbeteiligung sprechen: Bei der Europawahl 2014 lag die Wahlbeteiligung von Jungwählerinnen und Jungwählern in Deutschland nur zwischen 34,6% (unter 21 J.) und 39,0% (21-24 J.) (vgl. Gesamtwahlbeteiligung: 48,1%). Bei der Europawahl 2019 nahm die Wahlbeteiligung bei den Jungwählerinnen und Jungwählern deutlich zu und betrug 56,0% bis 58,6% (vgl. Gesamtwahlbeteiligung: 61,4%). Zur Europawahl 2024 liegt noch keine repräsentative Statistik zur Wahlbeteiligung nach Altersgruppen vor; allerdings kann angesichts einer Gesamtwahlbeteiligung von 64,8% davon ausgegangen werden, dass auch die spezifische Wahlbeteiligung der Jungwählerinnen und Jungwähler erneut zugenommen hat. In Verbindung mit dem Wahlerfolg EU-skeptischer Parteien im Jahr 2024 (insbesondere der AfD) könnte dies also durchaus nahelegen, dass eine ebensolche Politisierung stattgefunden hat. Das erfolgreiche Werben mit persistenten nationalen Identitäten könnte mithin dazu geführt haben, dass Jungwählerinnen und Jungwähler verstärkt konservativen und rechten Parteien ihre Stimme geben – quasi als Antithese zu einer weit vorangeschrittenen und weiter voranschreitenden Integration der EU.

Betrachtet man die Wahl unabhängig von ihrem Kontext und ihrer Bedeutung in der allgemeinen Wahrnehmung, könnte man bei den Jungwählerinnen und -wählern also durchaus einen „Rechtsruck“ konstatieren, wie in der medialen Berichterstattung im Nachgang der Wahl. Diese Betrachtung greift aber gleich in mehrfacher Hinsicht zu kurz. So hat es öffentliche Debatten über Zustand und Zukunft der europäischen Integration immer wieder gegeben – nicht nur auf der Ebene der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Eliten, sondern durchaus auch auf breiter gesellschaftlicher Ebene und im medial-öffentlichen Diskurs. Gerade die Gründung der Europäischen Union mit dem Vertrag von Maastricht in den frühen 1990er Jahren ist dabei von einem breiten und weder unpolitischen noch unkritischen Diskurs begleitet worden. Auch war die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen – wenn man sie denn als Gradmesser für eine mobilisierende Politisierung europäischer Integration auffassen möchte – keineswegs immer „gering“. Im Gegenteil: Von der ersten Europawahl (1979) bis zur Europawahl im Jahr 1994 war die allgemeine wie auch die spezifische Wahlbeteiligung der Jungwählerinnen und Jungwähler (unter 21 J. sowie 21- bis 24-Jährige) in Deutschland durchgängig relativ hoch (zwischen 56,8% und 65,7% in der Gesamtwahlbevölkerung bzw. zwischen 47,2% und 55,1% bei Jungwählerinnen und Jungwählern). Erst die Europawahlen von 1999 bis 2014 waren durch einen drastischen Abfall der Wahlbeteiligung gekennzeichnet (zwischen 43,3% und 48,1% in der Gesamtwahlbevölkerung bzw. zwischen 29,1% und 39,0% bei Jungwählerinnen und Jungwählern). Insofern sind die nunmehr wieder gestiegenen Wahlbeteiligungen zu den Europawahlen 2019 und 2024 in historischer Betrachtung statistisch eher als historisch durchschnittlich anzusehen. Die gestiegene Wahlbeteiligung ist mithin als Indikator für eine postfunktionalistisch induzierte Wahlmobilisierung wenig geeignet.

Ein weiterer Erklärungsansatz, der gegen die postfunktionalistische Deutung des Wahlverhaltens junger Wählerinnen und Wähler spricht, ist die sog. Nebenwahl-These. Die Nebenwahl-These besagt, dass Europawahlen als „Wahlen zweiter Ordnung“ (*engl.* „Second Order Elections“) betrachtet werden (Reif und Schmitt 1980), was bedeutet, dass sie im Vergleich zu nationalen Wahlen als weniger wichtig angesehen werden. Dies führe zu einer geringeren Wahlbeteiligung und einem entsprechend geringeren Engagement der Wählerinnen und Wähler. Denn das Europäische Parlament habe im Vergleich zu nationalen Parlamenten weniger Macht, was wiederum dazu führe, dass die Wählerinnen und Wähler im direkten Vergleich weniger motiviert seien, an den Europawahlen teilzunehmen². So verfügt das Europäische Parlament bis zum heutigen Tage tatsächlich über keine Möglichkeit, selbstständig Gesetzgebungsvorschläge zu machen (dieses Monopol liegt allein bei der Europäischen Kommission)³. Auch gibt es noch immer ganz zentrale Politikbereiche, über die sowohl das Europäische Parlament, wie auch die übrigen supranationalen Organe der Europäischen Union, nicht oder nur sehr begrenzt entscheiden können (z. B. Steuern, Sicherheit und Verteidigung, Gesundheit, Bildung oder Kultur). In der Folge spielt das Europäische Parlament noch immer eine, verglichen mit den nationalen Parlamenten, nachgeordnete Rolle, die in Wahlen auch so wahrgenommen werden könnte.

Vor diesem Hintergrund kann konstatiert werden, dass das Wahlverhalten junger Menschen bei den Europawahlen kaum hinreichend postfunktionalistisch – und insoweit auch kaum durch eine populistische Politisierung – erklärt werden kann. Im Lichte der Nebenwahl-These erscheint vielmehr auch denkbar, dass das junge Elektorat die Wahlen zum Europäischen Parlament eher nutzt, um, jenseits der als „Wahlen erster Ordnung“ (*engl.* „First Order Elections“) wahrgenommenen Bundestagswahlen, ihren Unmut über die Politiken der nationalen Ebene zum Ausdruck zu bringen – und zwar relativ losgelöst von ihrer Einstellung zur europäischen Integration und zur EU. Demnach wäre das Wahlverhalten der jungen Wählerinnen und Wähler zur Europawahl 2024 als Protestwahl zu deuten, als Ventil für nationale Unzufriedenheit, und nicht als europakritische Aussage.

Betrachtet man die Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament vor diesem Hintergrund noch einmal genauer, so fällt zunächst auf, dass eine relative Mehrheit in der Gruppe der Wählerinnen und Wähler zwischen 16 und 24 Jahren mit insgesamt 28% eine große Menge kleinerer Parteien gewählt hat, die sich vor allem durch eines auszeichnen: eine enorme Vielfalt von z. T. sehr unterschiedlichen und hochspezifischen Positionen mit Fokus u. a. auf Familien, Tierschutz, Klima oder ökologische Themen, also durchaus Themen, die eher einem progressiven und programmatischen Spektrum zuzuordnen wären. Schaut man sich die Parteien, die häufig unter „Andere“ zusammengefasst werden, näher an, so entfallen immerhin 9% auf Volt, 4% auf Die Partei und weitere 3% auf die Tierschutzpartei⁴. Keiner dieser Parteien lässt sich eine Anti-EU-Haltung attestieren. Gerade Volt setzt sich dabei dezidiert für pro-europäische Themen, die Abschaffung von Vetorechten für EU-Mitgliedstaaten und sogar den europäischen Föderalismus ein – im Sinne eines Ausbaus der EU zu einem Bundesstaat. Analysen der Wählerwanderungen deuten überdies darauf hin, dass Volt vor allem in ehemaligen „Grünen-Hochburgen“ erfolgreich war⁵. Die entsprechenden Stimmen blieben somit im „proeuropäischen Lager“.

Nicht zu vergessen ist auch, dass die Union (mit 17% stärkste Partei bei den Jungwählerinnen und Jungwählern), trotz eher konservativer parteipolitischer Positionen, keineswegs eine europaskeptische Partei ist oder gar eine Stärkung des Nationalstaats fordern würde – ganz im Gegenteil. Die EU-Abgeordneten der Union gehören der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) an, die seit 2004 u. a. die/den Präsident/in der Europäischen Kommission stellt und den europäischen Integrationsprozess der letzten Jahrzehnte maßgeblich geprägt hat. Auch die FDP, die ihr Wahlergebnis bei den Jungwählern relativ stabil halten konnte (6%, nur -1% trotz des schwierigen nationalen Umfelds), ist als Angehörige der „Renew Europa“-Fraktion dezidiert proeuropäisch (genauer: pro-EU). Nicht zu vergessen ist auch, dass die SPD ihr Wahlergebnis bei den Jungwählerinnen und Jungwählern nicht nur halten, sondern überdies geringfügig steigern konnte (von 8% auf 9%).

Die Diagnose „Rechtsruck“ greift also zu kurz, wenn damit eine EU-Skepsis kurzgeschlossen werden soll. Die Tatsache, dass die Jungwählerinnen und -wähler auch die AfD und das BSW mit EU-skeptischen und z. T. auch EU-feindlichen Positionen gewählt haben, kann dabei nicht unbeachtet bleiben und soll hier nicht kleingeredet werden. So fordert die AfD in ihrem Wahlprogramm ein „Europa der

Vaterländer“ und eine „europäische Gemeinschaft souveräner Staaten“. Das BSW wiederum möchte ein „unabhängiges Europa souveräner Demokratien“, was wohl ebenfalls ein Bruch mit der bestehenden EU signalisieren soll. Nur machen diese beiden Parteien zusammen gerade einmal 22% der abgegebenen Stimmen aus, was nicht wenig ist, aber eben auch bedeutet, dass 78% der jungen Wählerinnen und Wähler Parteien und Position bevorzugten, die sich zwar vielfach einer klaren Zuordnung in „links“ oder „rechts“ entziehen, aber überwiegend sehr deutlich keine Anti-EU-Haltung vertreten, sondern teilweise sogar klar proeuropäisch sind.

Im Zuge der Berichterstattung zur Europawahl 2024 sprachen zahlreiche Medien auch vom Einfluss sozialer Medien, der ursächlich zu einem „Rechtsruck“ beigetragen haben soll. Insbesondere die Präsenz der AfD in den sozialen Medien (z. B. TikTok, Instagram und X) wurde hierfür als Beleg genommen. Teilweise wurde sogar eine Kausalität zwischen dem Wahlergebnis der AfD und ihren Social-Media-Aktivitäten angenommen⁶. Aus postfunktionalistischer Sicht könnte man also schließen, dass soziale Medien im Rahmen einer Politisierung des Diskurses gezielt genutzt wurden und zur erfolgreichen Adressierung einer exklusiven nationalen Identität bei Jungwählerinnen und Jungwählern geführt hätten. Dies schlage sich schließlich u. a. im Wahlergebnis europaskeptischer bzw. -feindlicher Parteien nieder. Gegen diese These spricht jedoch erneut das o. g. Wahlergebnis mit einem geringen Anteil europaskeptischer oder -feindlicher Parteien und einem großen Anteil kleinerer Parteien, so dass jedenfalls bei den Jungwählerinnen und Jungwählern die postfunktionalistische Deutung in Hinblick auf den Einfluss sozialer Medien nicht überzeugen kann. Denn ungeachtet ihres großen Anteils am Wahlergebnis war die Social-Media-Reichweite kleinerer Parteien im Wahlkampf zur Europawahl 2024 überwiegend eher begrenzt. So hat selbst Volt, die mit ihren politischen Inhalten und ihrem „modernen“ Kommunikationsstil vor allem auch proeuropäische Jungwählerinnen und Jungwähler ansprechen will, „nur“ rd. 68.000 Follower auf Instagram und 5.500 auf TikTok (zum Vergleich: AfD-Bundesverband 240.000 Follower auf Instagram; AfD-Bundestagsfraktion 116.000 Follower auf Instagram und 446.000 auf TikTok, Maximilian Krah als AfD-Kandidat allein 59.000 Follower auf TikTok). Bei den weiteren kleinen Parteien ist die Reichweite in den sozialen Medien noch überschaubarer. Erste Untersuchungen zeigen zudem, dass u. a. auch FDP und SPD auf TikTok verhältnismäßig erfolgreich waren (z. B. mit reichweitenstarken und/oder zahlenmäßig vielen Videos)⁷. Vor diesem Hintergrund erscheint es naheliegend, dass Social Media eher dynamische und situative Wahlentscheidungen junger Wählerinnen und Wähler gefördert hat, also eher kurzfristige, vielleicht sogar impulsive Wahlentscheidungen. Auch dies würde der postfunktionalistischen Annahme einer im Zuge einer Politisierung verstetigten europaskeptischen Haltung widersprechen und eher ein differenzierendes, wenigstens aber fragmentiertes Wahlverhalten wahrscheinlicher machen.

Was also bleibt, ist weder das Bild einer politisierten Jugend, die sich von den Werten früherer Generationen abgekehrt hat und empfänglich für national-populistische Verkürzungen und den Rekurs auf exkludierende nationale Identitäten ist. Noch lässt sich schließen, dass junge Wählerinnen und Wähler auf einmal europafeindlich bzw. EU-skeptisch geworden sind oder von einem „Rechtsruck“

betroffen wären. Dies wird im Übrigen auch durch eine Umfrage von Allensbach im Nachgang der Europawahl 2024 gestützt⁸. Am Ende sind die jungen Wählerinnen und Wähler in ihrer vor allem heterogenen Wahlentscheidung in der Tendenz situativ und wenig parteigebunden, vor allem aber deutlich vielfältiger und „europäischer“ als mit dem ersten Blick auf die Europawahl 2024 gedacht.

Anmerkungen

- 1 rbb24 (2024): Rechtsruck bei Europawahl. AfD und Union für junge Wähler besonders attraktiv. rbb24 (Bülow, Julian von), 10.06.24, online verfügbar unter <https://www.rbb24.de/politik/wahl/Europawahl/2024/wahlen-berlin-brandenburg-europawahl-eu-jugend-erstwaehler-afd-cdu-rechtsruck.html>; BR24 (2024): Europawahl-Rechtsruck. Warum wählen junge Leute AfD? BR24 (Schairer, Florian; Possoch, Dominic; Feininger, Anna), 15-06-2024, online verfügbar unter <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/europawahl-rechtsruck-warum-waehlen-junge-leute-afd,UFaES3P>; NDR (2024): Europawahl in SH. Daher kommt der Rechtsruck bei Jungwählern. NDR Schleswig-Holstein (Boerger, Fabian), 10.06.2024, online verfügbar unter <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Europawahl-in-SH-Daher-kommt-der-Rechtsruck-bei-Jungwaehlern,europawahl1106.html>.
- 2 Westle, Bettina (2019): Interesse und Einstellungen der Bevölkerung. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 21.03.2019, online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/europawahlen/dossier-europawahlen/182651/interesse-und-einstellungen-der-bevoelkerung/>.
- 3 Das Europäische Parlament hat lediglich ein indirektes Initiativrecht, indem es die Kommission auffordern kann, einen Legislativvorschlag zu unterbreiten. Die Kommission hat in diesem Fall allerdings die Möglichkeit, eine solche Forderung mit Begründung abzulehnen.
- 4 SPIEGEL (2024): AfD und Volt punkten bei Jungen, Grüne verlieren hingegen massiv, 09.06.2024, online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/europawahl-2024-afd-und-volt-punkten-bei-16-bis-24-jaehrigen-gruene-verlieren-massiv-a-670179cc-a3c5-4c5d-a4c6-22218a847c2d>.
Focus online (2024): Daten zeigen, wie überraschend anders Deutschlands Jugend plötzlich wählt, 09.06.2024, online verfügbar unter https://www.focus.de/politik/ausland/europawahl/gruene-verlieren-afd-gewinnt-daten-zeigen-wie-ueberraschend-anders-deutschlands-jugend-ploetzlich-waehlt_id_260020939.html.
- 5 Tries, Emma (2024): Großer Abend für kleine Partei. taz, 10.06.2024, online verfügbar unter <https://taz.de/Volt-holt-drei-Sitze-bei-EU-Wahl/l6016753/>
- 6 WDR (2024): Forscher: AfD siegt bei EU-Wahl dank TikTok, 10.06.2024, online verfügbar unter <https://www1.wdr.de/kultur/kulturnachrichten/afd-europawahl-tiktok-100.html>
- 7 Tagesschau (2024): Wahlen werden nicht durch TikTok-Videos gewonnen, 11.06.2024, online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/junge-waehler-102.html>
- 8 Petersen, Thomas (2024): Wer jung ist, steht eher links der Mitte. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.06.2024, online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsruck-wer-jung-ist-steht-ehere-links-der-mitte-19799710.html>

Literatur

- Döbele, Christoph; Engels, Jan Niklas; Heinrich, Roberto; Loew, Nicole; Schläger, Catrina; Simon, Anja Miriam; Vitt, Anne-Kathrin (2023): Krisenerwachsen: Wie blicken junge Wähler:innen auf Politik, Parteien und Gesellschaft?. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Hooghe, Liesbet; Marks, Gary (2009): A Postfunctionalist Theory of European Integration. From Permissive Consensus to Constraining Dissensus. In: *British Journal of Political Science* 39 (1), S. 1–23. <https://doi.org/10.1017/S0007123408000409>
- Leuffen, Dirk; Rittberger, Berthold; Schimmelfennig, Frank (2022): Postfunctionalism. In: Dirk Leuffen, Berthold Rittberger und Frank Schimmelfennig (Hg.): *Integration and Differentiation in the European Union. Theory and Policies*. Cham: Palgrave Macmillan, S. 143–168. https://doi.org/10.1007/978-3-030-76677-1_6
- Reif, Karlheinz; Schmitt, Hermann (1980): Nine Second-Order National Elections. A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results. In: *European Journal of Political Research* 8 (1), S. 3–44. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.1980.tb00737.x>
- Schimmelfennig, Frank (2015): Mehr Europa – oder weniger? Die Eurokrise und die europäische Integration. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 65. Jahrgang, 52/2015, S. 28–34.
- Winzen, Thomas; Schimmelfennig, Frank (2014): Vertragsentwicklung und Differenzierung in der europäischen Integration. Nationale Identität, staatliche Autonomie und die Entstehung einer Kern-Peripherie-Struktur in der Europäischen Union. In: *Integration*, 38. Jahrgang, Nr. 2, S. 138–151. <https://doi.org/10.5771/0720-5120-2014-2-138>